



Gorleben Rundschau



Kommission

Die so genannte Endlagerkommission legt der Bundesregierung dieser Tage ihren Abschlussbericht vor. Die massive Kritik der Anti-Atom-Szene regt sich jetzt erneut.

Aktion

Während der Kulturellen Landpartie im Wendland war die Bürgerinitiative so aktiv wie lange nicht mehr. Mit gut 8000 Besuchern war die Widerstandspartei ein Erfolg.

Interview

Naoto Kan war japanischer Ministerpräsident als das AKW in Fukushima explodierte. Danach wurde er zum Atomkraftgegner. Die GR sprach mit ihm in Hamburg.

Röver op unsre Siet

Nu is dat allwedder moal sowiet, de Kommunalwahl 2016 steiht vör de Dör. „Bliev mi vun Hals doarmed...“ secht mien Naber Heinz, „dat is doch nich mehr wichtig.“ „Dat seh ick anners“, sech ick. „Med Gorleben geiht nu erst richtig los. De inne Kommission wulln Gorleben in Endlager-Pott binlaten. De sniedern dat ans so hen, dat dat passen deit.“ „Ja, aver inne EJZ hett de Feuerriegel doch schrievern, dat is nu vörbi. Oak inn Kreisdach med de Gruppe X un so.“ „Jo, dat wulln de man geern so hebben, besünners oak de CDU. De sün jo nu de Wulf inn Schafspelz un seggen ‚Wi sün nu ganz anners worn in Lüchow-Dambarch. Noa Fukushima.‘

Doarbi“, sech ick tau Heinz, „hebben de ümmer noch nich begrepen, dat Gorleben nich geiht. Denn wulln de oak noch n Untertagelabor. Un wenn de inne EU nu wedder med kleene Atomkraftwarken kummen wulln, villicht för de Gartower Therme, denn sün doch de Wendehäls all wedder an Deck. Wokeen eenmoal lücht, den glöv ick nich...“

Jo, ick geev dat tau, einfach is dat nich in Kreisdach. Wi strieten und stänkern dat de Swarte kracht, med de Windkraftwarken und de Scholen. Aver nu kümmt dat groote AVER: Inne Gruppe X (dat sün SPD, Gröne, FDP, UWG und SOLI) hebben wi ümmer tausam stahn, wenn dat öm Atom güng. Kloare Kant. „Stah quer“ weer dat Motto west. Oak de letzn 5 Joahr ümmer in „Schulterschluss“ tausam. Un wenn dat noa mi geiht, gifft dat inne letzte Sitzung vun düssn Kreisdach an 20. Juni noamomal n bannich kloaren Andrach vunne Gruppe X gegen dat wat de Kommission in Berlin utklamüstert hett. Da kanns denn moal kieken, wat de CDU moaken deit: Veel Nevel, aver Gorleben mütt doarbi blieven.

Daröm is dat bannich wichtig, dat ji all bi de Wahl in September darför sorgen deit, dat de Gruppe X tausamen blievt, wiel dat dicke Enne med Gorleben kümmt noch...

Wu heet dat nomoal in dat Leed von dat Platt-Duo MUUL OP? Hey, du, kumm gau moal röver, röver op unsre Siet ... ick bruk di, un du bruks mi.

Kurt Herzog ut Dambarch





**Martin Donat,
Vorsitzender der
BI Lüchow-
Dannenberg**

Manchmal mag man einfach nicht mehr. „Reif für die Insel“ heißt das auf der Arbeit. Im Wendland herrscht nach der Kulturellen Landpartie eine solche Stimmung. Tausende Demonstrant/-innen haben ihre Ablehnung der Atommüllpläne auf der Widerstands-Partie bezeugt und Zehntausende ihre Solidarität in Dörfern und Scheunen bekundet. Es war schön, es war wild, kunstreich und aufregend. Es sind hoffentlich alle klüger, froher und satt geworden und haben ein warmes Bett gefunden. Aber dann ist auch irgendwie der Saft raus. Aufräumen noch, und dann: Schluss.

Im Wendland könnten wir gar nicht ohne das Thema Gorleben leben, wurde uns von anderer Seite unterstellt. Das sollte perfide nahelegen, das Thema sei eigentlich schon längst erledigt

und uns der Lächerlichkeit preisgeben, weil wir's noch nicht gemerkt hätten. Das ist aber in jeder Hinsicht weit gefehlt: Gorleben ist leider in Wirklichkeit ganz oben auf der Tagesordnung; aber uns hängt es nach 40 Jahren Widerstand so was von zum Halse raus. Und zwar nicht so wie „urlaubsreif“, sondern im Sinne von „jetzt reicht's aber“. Manchmal hat man nach 40 Jahren ganz einfach die Schnauze voll.

So, wie wenn 70 Jahre nach Kriegsende plötzlich wieder irgendwelche hässlichen Dumpfbürger Homophobie, Rassismus und Duckmäsertum predigen. Oder eben, wenn smarte Politstreber aus der Generation Golf sich im Glanze greiser Atomposen suhlen und uns als Neuigkeit zum zügsten Mal die unsägliche „Gorleben-Kommission“ der 80er als

„Bürgerbeteiligung“ unter die Nase reiben wollen. Das ganze alte Lügegebäude aus Willkürentscheidungen, Einflussnahmen und Gefälligkeitsgutachten wird da aus staubigen Trümmern des Untersuchungsausschusses Gorleben mit Knete, Speichel und Schleim wieder zusammengeklebt. Das hat dann mit „mögen“ nicht mehr viel zu tun. Das ist einfach nur widerlich und eher hochsensibel. Und zwar nicht im Sinne eines Burnout, sondern eher: „Fass mich nicht an, sonst knallts!“ Das war das Gefühl des letzten Castor-transportes 2011. Keinen Schritt weiter und auch nicht bis hierhin.

Wenn Sie also in der Sommerpause ihren Blick über die wiegenden Getreidefelder schweifen lassen, vergessen Sie nicht den Satz: Die Ruhe auf dem Lande ist oft nur stille Wut.

Impressum

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V., Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

redaktion@gorleben-rundschau.de
service@gorleben-rundschau.de

Redaktion: Andreas Conradt (ac), Torsten Koopmann (kp) (beide verantwortlich, Adresse wie vor), Jan Becker (jb), Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh), Torben Klages (tk)

Gestaltung: Andreas Conradt



Druck: dieUmwelt Druckerei GmbH
Lohweg 1, 30559 Hannover
Auflage: 5200, gedruckt auf
Recyclingpapier Circle Matt White

Weitere Infos, Leserbrief und Feedback auf der Website:
www.gorleben-rundschau.de



Gorleben Archiv Unsere Geschichte

Spätestens seit dem Sommer 1994, als der Alarm „der Castor kommt“ im Wendland eine Vielzahl Aktivitäten – von großformatigen Anzeigen bis zu einem zweiwöchigen Hüttendorf – entstehen ließ, war klar, dass die Anti-Atom-Bewegung, zuvor scheinbar im Tiefschlaf versunken, wieder zum Leben erwacht war.

Zwei Beispiele: Andreas Graf von Bernstorff, der Eigentümer des Waldstücks, in dem das Hüttendorf „Castornix“ stand, erhielt ein Schreiben von der Baubehörde des Kreises, in dem er aufgefordert wurde, die Hütten abreißen zu lassen. Begründung: Die Hütten seien ohne Baugenehmigung und in laienhafter und primitiver Bauweise errichtet worden und beeinträchtigten die natürliche Eigenart der hiesigen Landschaft.

Der Graf ließ durch seine Anwälte antworten, dass er sich leider kein Bild von der Lage machen könne, weil das Hüttendorf von der Polizei okkupiert sei. Auch hielt er den Hüttenbau für rechtmäßig, da solche Bauwerke zulässig seien, wenn sie einem forstwirtschaftlichen Zweck dienten. Dieser sei gegeben, da „Castornix“ zur Verhinderung der Einlagerung hoch radioaktiven Atommülls gebaut wurde und das Erreichen dieses Zieles auch dem forstwirtschaftlichen Betrieb nütze.

Zeitgleich in Lüchow: Unter dem Motto „Wir sprengen die Straße“ versammelten sich auf dem Marktplatz Mitglieder und Freunde der Bürgerinitiative Umweltschutz. Ausgerüstet mit Gießkannen zum Sprengen der Straße und einem Spruchband protestierten sie gegen die bevorstehende Einlagerung von Castorbehältern im Gorlebener Zwischenlager. (bh)

21. Jahrestag Castorgruppe Hühbeck

Die Castorgruppen im Wendland sind, wenn man so will, die Regionalgruppen des Widerstands gegen Gorleben. Es gibt sie in vielen Orten über den ganzen Landkreis Lüchow-Dannenberg verteilt, und die Wendländer/-innen, die direkt über dem Salzstock leben, sind zusammengeschlossen in der Castorgruppe Hühbeck-Gartow-Gorleben. Es



gibt sie seit 21 Jahren. Die heutigen Widerstands-Urgesteine Lilo Wollny und Susanne von Imhoff luden seinerzeit ein, und trotz pessimistischer Vorhersagen war das Lokal „Schifferklaus“

mit 60 Personen proppevoll besetzt. Mahnwachen in Gartow und Gorleben, Sommerfeste mit Theateraufführungen und Trommelaktionen am Lokal „Schwedenschanze“ in Vietze, Weihnachtsmarktstände mit der Bürgerinitiative in Gartow, Teilnahmen an Demonstrationen im Landkreis, in Lüneburg und in Berlin – seit ihrer Gründung 1995 hat die Gruppe unentwegt zu tun.

Als die Castortransporte rollten, wurde der „Infopunkt Gorleben“ am Ortsausgang nach Dannenberg ein Tätigkeits-schwerpunkt. Die Versorgung der Demonstrant/-innen mit Essen, Kleidung, Musik, Telefon und Information wurde von vielen Menschen aus der Region ganz praktisch und handfest unterstützt und von vielen Protestierenden aus ganz Deutschland dankend angenommen. Trotz derzeit ausgesetzter Atomtransporte ins Wendland: Ans Aufhören denkt in der Gruppe niemand. Denn immer noch gilt: „Gorleben brennt uns weiter unter den Nägeln.“ (pm; gr)

Die Bürgerinnen und Bürger der Umweltbewegung haben sich ohne Zweifel um unser Land verdient gemacht. Von manchen wurden sie Fortschrittsfeinde genannt. Dabei haben sie nach Alternativen zu einem zerstörerischen Fortschrittsmodell gesucht.

Barabara
Hendricks,
SPD-Ministerin

Tschernobyl Glatze oder Spende

Mit einer Internet-Aktion machen derzeit Atomkraftgegner/-innen auf das Leid der Opfer von Tschernobyl aufmerksam: Haare ab – und 100 Euro fließen in einen Spendentopf für krebserkrankte Tschernobyl-Kinder in der Ukraine. „Die Eltern dieser kranken Kinder scheren sich eine Glatze, damit das Kind nicht alleine ohne Haare herum laufen muss“, so ein Sprecher der österreichischen Gruppe GLOBAL

2000. „Zeigen Sie Ihre Solidarität mit den Tschernobyl-Kindern und scheren Sie sich auch eine Glatze!“ Jeder Kahlkopf bringt 100 Euro für den Spendentopf. Das Geld kommt von Sponsoren, die die Aktion unterstützen. GLOBAL 2000 ist Österreichs führende, unabhängige Umweltschutzorganisation. Als aktiver Teil von Friends of the Earth International (FOEI) kämpft sie für Umwelt, Gesellschaft und nachhaltiges Wirtschaften. Die Internetadresse lautet www.global2000.at (gr)





Benefiz e-Ventschau, die Vierte

Am 29. und 30. Juli findet erneut das e-Ventschau Benefizfestival zu Gunsten der Kinder von Tschernobyl und Fukushima statt. Darauf weisen die Veranstalter aus dem Dorf Ventschau im östlichen Teil des Landkreises Lüneburg – in Sichtweite zum Wendland – hin. „Trotz der vielen anderen wichtigen Themen um uns herum und weltweit:“ erinnert Mit-Veranstalter Stefan Baumgart, „Vergessen wir nicht, dass das Problem radioaktiver Strahlung nach wie vor ungelöst ist und viele Menschen in Fukushima und Tschernobyl mit den Folgen der Atomkatastrophen leben müssen.“

Für die mittlerweile vierte Auflage von e-Ventschau konnten Bernd Redecker und Karsten Hinrichsen für eine Podiumsdiskussion zum Thema „Rückbau norddeutscher Atomkraftwerke“

gewonnen werden. Zudem wird .ausgestrahlt-Sprecher Jochen Stay über den Stand der Endlagersuche berichten. Es wird außerdem Filme und Ausstellungen zum Thema geben.

„Wir freuen uns, ein vielfältiges Musikprogramm bieten zu können.“ Mit dabei sind Berlin Boom Orchestra, Bartellos, Raufazer, Miss Allie, LowmaX, Haseeb, Quest ONE, Kalletti Klub, Barbara String And Voices und Lukas Dolphin. Für Kinder gibt es ein Puppenspiel von Mapili und einige Überraschungsangebote. (pm)

Veranstaltungsadresse: Hof Thiele, Am Bruch 1 in 21371 Ventschau. Beginn: Freitag, 29. Juli, 17 Uhr und Samstag, 30. Juli, 14 Uhr. Die Anfahrt ist auch mit dem Bus 5300 ab Lüneburg möglich. Campingmöglichkeit am Gelände ist vorhanden.

In eigener Sache GR-Bilderschau

Die „Gorleben Rundschau“ war Medienpartner bei den diesjährigen Erneuerbaren Lesetagen „Lesen ohne Atomstrom“ in Hamburg. Im Vorprogramm der Lesungen lief eine Bilderschau, die den Besucher/-innen das Thema des Festivals – die Atomtransporte durch Deutschland – näherbrachte und zudem auf die Verteilung der Zeitschrift in den Foyers der Theater hinwies. (ac)



Als die BI im Januar eine Tagung mit dem Titel „Alles falsch gemacht!“ veranstaltete, wurde erneut eindringlich deutlich, mit welchen Verfahrensfehlern das geplante Atommülllager Gorleben behaftet ist. Zusammen mit einer Plakatausstellung, ist jetzt eine neue DVD erschienen, auf welcher die Referent/-innen der „Al-Anstaltung“ in clips Auszüge darlegen. Diese DVD beinhaltet neun Beiträge, die Gesamtlaufzeit beträgt über einer Stunde. Die Videos können gegen eine Spende von 3 Euro im BI-Büro erworben oder bestellt werden. Auf der Website der Bürgerinitiative sind die neun Clips auch kostenlos abrufbar. (tk)

BI-Büro Aktion und Politik

Eigentlich hätte hier auf das umfangreiche Programm der BI während der Kulturellen Landpartie verwiesen werden können, und schon wäre klar geworden, dass Müßiggang im Vorstand den Juni hätte prägen müssen. Aber wer sich inhaltlich mit dem Standort für ein tiefengeologisches Atommülllager auseinandersetzt, durfte im Frühsommer dennoch keine Pause einlegen. Treffen in unterschiedlichen Gremien forderten Aufmerksamkeit und wachen Verstand der Vorstandsriege, denn die so genannte Endlagerkommission stand kurz vor der Berichtsabgabe. Dass dies nicht unkommentiert bleiben konnte, dürfte dem Kenner der BI klar sein, und so wurde in regionalen und überregionalen Bündnissen an Stellungnahmen gearbeitet. Mit ihrem Selbstverständnis der Energiewende in Bürgerhand, konnte die BI endlich den Film „Power to change – Die EnergieRebellion“ zeigen. Und da es um die Wende aufgrund der EEG-Novelle nicht gut bestellt ist, schloss sich die BI den Protesten des Bundesverbands Erneuerbare Energie in Berlin an und konnte auch einen Redebeitrag von BI-Vorstandsmitglied Kerstin Rudek platzieren. Präsenz zeigten auch die Fachgruppe Radioaktivität und Vorstandsmitglied Günter Hermeyer. Erstere publizierte einen neuen Flyer mit dem Titel „Was ist Strahlung?“ Hermeyer, der sich seit Jahren gegen Uranabbau einsetzt, begleitete den afrikanischen Aktivisten Antony Lyamunda auf seiner Deutschland-Tour mit Vorträgen und einem Informationsgespräch im Bundestag. (tk)



Klar zur Wende!

Japans Ex-Premier über Atomausstieg und Erneuerbare Energien

Energiewende Als im März 2011 das Atomkraftwerk in Fukushima explodierte, war Naoto Kan japanischer Premierminister – und strammer Befürworter der Kernkraft. Die Monate nach dem Super-GAU haben sein Leben und seine Einstellung zur Energiegewinnung verändert. **Andreas Conradt** sprach mit Kan während dessen Besuch in Hamburg.

»Herr Kan, trotz der Kenntnis des Super-GAUs von Tschernobyl im Jahr 1986 und mit Ihrem Wissen als Physiker hielten Sie die Kernkraft vor der Katastrophe von Fukushima für sicher. Machen Sie sich heute manchmal Vorwürfe, nicht früher geahnt zu haben, dass ein solcher Unfall auch in Japan passieren könnte?

Kan: Vor dem März 2011 hielten wir die japanische Technik für viel besser als die damalige sowjetische und nahmen an, dass ein solcher Unfall bei uns nicht passieren kann. Deswegen fand auch ich mich auf der Seite der Atomkraftbefürworter. Heute bezeichne ich das als den Sicherheits-Mythos. Als sich der Unfall dann ereignet hat, wurde schnell klar, dass das Ausmaß der Katastrophe viel größer war als in Tschernobyl. Sie hätte den Untergang Japans bedeuten können. Wenn sich die Auswirkungen des Unfalls noch weiter ausgeweitet hätten, hätte das bedeuten können, dass bis zu 50 Millionen Menschen in einem Umkreis von 250 Kilometern um das AKW – also auch die Einwohner Tokios – hätten evakuiert und über einen Zeitraum von 30 bis 40 Jahren anderenorts angesiedelt werden müssen. Wir sind nur um Haarsbreite um dieses enorme Horrorszenario herumgekommen, und das hat mich schließlich bewogen, meine Ansichten um 180

Grad zu drehen und eine Kehrtwende zu machen. Ich bin zu der Überzeugung gelangt, dass es für Japan und für die ganze Welt besser und sicherer ist, wenn wir die Atomkraft nicht nutzen.

»Von japanischen Medien wird Ihnen vorgeworfen, Sie hätten die Katastrophe sogar noch verschlimmert, etwa durch Ihren Inspektionsbesuch am Morgen nach dem Unglück oder durch das Stoppen der Meerwasserkühlung für die Reaktoren. Wie haben Sie auf diese Kritik reagiert?

Kan: Der Flug nach Fukushima war tatsächlich notwendig, weil ich als Vorsitzender des Krisenstabs in Erfahrung bringen musste, wie groß das Ausmaß des Unfalls war, um wichtige Entscheidungen beispielsweise über die Anzahl der zu evakuierenden Menschen treffen zu können. Es war mir nicht möglich, diese Informationen auf indirektem Wege zu bekommen, weil der Informationsfluss nicht mehr funktioniert hat. Ich hatte also gar keine andere Wahl, als mich vor Ort zu informieren. Ich kann darin auch heute noch keinen Fehler erkennen, sondern vielmehr einen wichtigen Schritt.

Die in den Medien aufgestellte Behauptung, dass ich die Zufuhr von Meerwasser für Block 1 am Abend des 12. März gestoppt habe, entspricht nicht der Wahr-

„
Der
richtige Weg
wäre, die
Atomkraft
ganz abzu-
schaffen



heit. Nachdem die Kraftwerksleitung die Zufuhr von Meerwasser angeordnet hatte, wurde diese kein einziges Mal unterbrochen. Das wurde durch Untersuchen inzwischen auch bestätigt. Meine Einschätzung ist, dass das Atom-Establishment in Japan, das so genannte Atom-Dorf, meine Wende hin zum Atomkraftgegner und den von mir beschlossenen Atom-ausstieg Japans durch PR-Kampagnen zu verhindern suchte.

»Hat es Sie persönlich getroffen, dass die Verschlimmerung der Situation nicht den fehlenden Strukturen und dem Unwissen der Verantwortlichen angelastet wurde, sondern den handelnden Personen und vor allem Ihnen?

Kan: Ich habe das getan, was nach meiner Überzeugung getan werden musste, und deswegen empfinde ich keine Reue, aber auch keine Enttäuschung.

»Man hat den Eindruck, dass die Lage in Fukushima zumindest unübersichtlich ist. Haben Sie das Gefühl, dass der Betreiber Tepco die Lage im Griff hat?

Kan: Es kann nicht davon die Rede sein, dass die Lage unter Kontrolle ist. In den Reaktoren 1, 2 und 3 hat sich eine Kernschmelze, teilweise auch eine Durchschmelze ereignet. Es befindet sich geschmolzenes Material der Brennstäbe in den Druckbehältern, und es werden jeden Tag 300 Tonnen Wasser zur Kühlung benötigt. Dieses Wasser wird radioaktiv verseucht. Ein Großteil davon wird zwar in Tanks gespeichert, aber es kann nicht alles zurückgewonnen werden, weil ein Teil ins Grundwasser und darüber auch ins Meer gelangt. So tritt also weiterhin ständig radioaktives Material aus.

»Haben Sie vor, noch einmal nach Fukushima zu reisen?

Kan: Nachdem ich aus dem Amt des Premierministers ausgeschieden bin, habe ich das Kraftwerk schon mehrfach besucht und es auch von der Wasserseite und per Hubschrauber inspiziert. Ich gehe davon aus, dass ich diese Besuche auch in der Zukunft machen werde. Ich sehe es als eine meiner Aufgaben an, den Hunderttausenden von Menschen, die noch immer evakuiert sind und deren Familien auseinandergerissen wurden, meine Unterstützung zukommen zu lassen.

»Was empfinden Sie, wenn Sie bei Ihren Besuchen miterleben, wie Hilfskräfte und Arbeiter vor Ort versuchen, die Katastrophe in den Griff zu bekommen?

Kan: Jeden Tag sind rund 6000 bis 7000 Menschen mit dem Rückbau des Kraftwerks beschäftigt. Die Betreiberfirma Tepco geht davon aus, dass diese Aufräumarbeiten noch 40 Jahre andauern werden,

ich glaube sogar, dass es noch länger dauern wird. Das allein zeigt schon, wie groß das Ausmaß des Unfalls ist, und es hätte um ein Haar noch viel schlimmer kommen können. Es ist klar, dass Tepco allein diese immensen Kosten nicht schultern kann, da werden Regierungshilfen unumgänglich sein.

»Sie sprachen schon von Ihrer 180-Grad-Wende vom Atomkraftbefürworter zum -gegner. Wie beurteilen Sie die Kernkraft heute?

Kan: Nach dem Reaktorunfall habe ich zwei wichtige Maßnahmen ergriffen: Erstens die Rücknahme des geplanten Ausbaus der Kernkraft auf 50 Prozent der japanischen Energieerzeugung. Ich wollte damit eine neuerliche, ergebnisoffene Diskussion um die Energiegewinnung ermöglichen. Und zweitens habe ich eine Einspeisevergütung nach deutschem Vorbild im Gesetz verankert, um die Erzeugung erneuerbarer Energien attraktiver zu machen. Seitdem sind verschiedene Ökostrom-Anlagen entstanden. Insgesamt sind 88 Millionen Kilowatt grünen Stroms geplant, rund 22 Millionen davon sind schon am Netz.

»Was sagen Sie zu den Argumenten der Atomkraftbefürworter, dass andere Formen der Energiegewinnung erheblich teurer und – im Falle von Kohleverstromung – klimaschädlicher seien als die Nutzung der Kernkraft?

Kan: Zunächst kann ja niemand mehr behaupten, dass Atomkraftwerke wirklich sicher wären. Und günstig ist die Kernkraft auch nur dann, wenn man die Folgekosten von Unfällen gänzlich ausblendet und davon ausgeht, dass die Behandlung und Lagerung der atomaren Abfälle von staatlicher Seite durch Steuergelder bezahlt wird. Wenn man beide Faktoren in die Kalkulation mit einbezieht, ist die Atomkraft sogar teurer als andere Energieformen. Die in Japan bereits eingeführten beziehungsweise in Planung befindlichen Ökostrom-Anlagen haben eine Leistung, die zwanzig AKWs

entspricht. Wir müssen den Klimawandel als ein Problem und die Gefahren der Atomkraft als ein weiteres Problem betrachten. Diese beiden Probleme müssen wir gleichzeitig bewältigen. Wir müssen sowohl den CO₂-Ausstoß senken, als auch die Atomkraft abschaffen. Das kann nur gelingen, indem wir erneuerbare Energien nutzen, und ich glaube inzwischen, dass die Erneuerbaren genug Energie für die gesamte Menschheit liefern können. Davon konnte ich mich in vielen Projekten auf allen Kontinenten überzeugen. Deutschland spielt dabei die führende Rolle in der Welt. Da wird sich Japan noch ganz schön ins Zeug legen müssen, um nicht von Deutschland abgehängt zu werden.

» Trotzdem setzt Japan schon seit einiger Zeit wieder auf die Atomkraft. Hat Ihr Land aus der Katastrophe von Fukushima wirklich gelernt?

Kan: Durch die vorübergehende Abschaltung aller AKW hat Japan in den letzten fünf Jahren eigentlich schon bewiesen, dass es in der Lage ist, seine Energie aus nicht atomaren Quellen zu erzeugen. Die Wirtschaftskraft wurde dadurch nicht beeinträchtigt. Zum Zeitpunkt des Unfalls in Fukushima hatte Japan 54 Reaktoren. Davon wurden zehn mittlerweile stillgelegt, und in den Jahren 2014 und 2015 waren zeitweise sämtliche AKWs Japans vom Netz. In diesem Zeitraum wurde gezeigt, dass Japan auf Atomkraft verzichten kann. Auch jetzt (Ende März 2016, *Anm. d. Red.*) sind nur zwei Reaktoren am Netz. Man sieht aber, dass das Atom-Dorf wieder an Kraft gewinnt. Es gibt Stimmen, die sich für das Wiederaufstarten der Kernkraftwerke aussprechen, aber es gibt eben auch eine breite Öffentlichkeit und Gerichte, die dem entgegenwirken. Japan befindet sich zurzeit mitten in der Diskussion, ob man erneut auf Atomkraft setzen oder den Ausstieg vollziehen soll. Das wird gerade ausgefochten.

» Deutschland stellt sich gerne als Vorreiter in Sachen Erneuer-

bare Energien dar. Tut es das Ihrer Meinung nach zu Recht?

Kan: Ich denke schon, dass Deutschland eine solche Rolle hat. Es hat als erstes Land die Einspeisevergütung eingeführt, es gewinnt mittlerweile rund 30 Prozent seines Bedarfs aus erneuerbaren Energien und hat sich das Ziel gesetzt, bis 2050 sogar 80 Prozent grüne Energie zu erzeugen. Ich halte das für ein hervorragendes Unterfangen. Ich glaube, dass auch andere Länder, auch Japan, Deutschland nachzueifern und sich ähnliche Ziele setzen sollten.

» Vor dem Unglück in Fukushima und nach der Sicherheitsüberprüfung als Folge der Katastrophe hieß es, dass die deutschen Reaktoren die sichersten der Welt seien. Ist das für Sie glaubhaft?

Kan: Deutschland hat ja beschlossen, bis 2022 aus der Atomkraft auszusteigen und wirklich alle Reaktoren stillzulegen. Diese Entscheidung begrüße ich sehr. Aber zur Sicherheit: Sie mag je nach Land und je nach Kraftwerk unterschiedlich sein, aber fest steht, dass es auch menschengemachte Unfälle gibt und dass von jedem AKW im Betrieb ein gewisses Risiko ausgeht. Zudem produziert jedes Kernkraftwerk permanent Atom Müll, der noch zehntausende von Jahren Radioaktivität freisetzen wird. Beides kann nur durch Abschalten ausgeschlossen werden. Deshalb sollte man sich weniger die Frage stellen, wie man Atomkraftwerke sicherer machen kann, sondern vielmehr, wie man sie möglichst schnell abschalten kann. Denn nur dann kann die vollständige Sicherheit gewährleistet werden.

» Obwohl es auf dem Stadtgebiet kein Kernkraftwerk gibt, spielt Hamburg für den deutschen Atomkreislauf eine entscheidende Rolle: Alle drei Tage läuft ein Atomtransport über den Hafen. Sollten diese Transporte verboten werden?

Kan: So lange Atomkraftwerke laufen, müssen Brennelemente

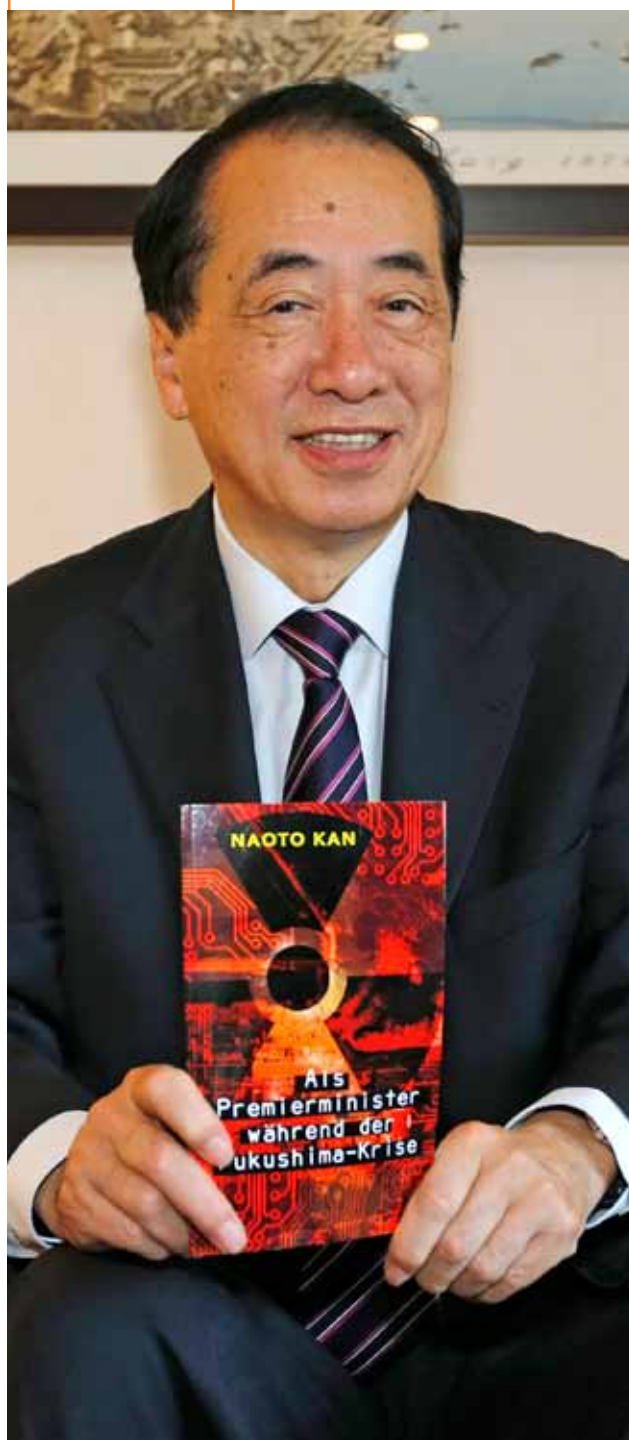
angeliefert und Atom Müll abtransportiert werden. Damit sind Transporte – auch zur See – notwendig. Der richtige Weg wäre also, die Atomkraft ganz abzuschaffen, um so auch die Transporte nach einer gewissen Zeit einstellen zu können.

» Aber wenn Hamburg eine Sperrung des Hafens für Atomtransporte beschließen würde, wäre das ein starkes Zeichen?

Kan: Ja! Ich würde es begrüßen, wenn Hamburg die Entscheidung treffen würde, Atomtransporte nicht mehr zuzulassen, weil ich denke, dass dies ein Schritt dazu wäre, die Atomkraft abzuschaffen.

Mittlerweile ist Naoto Kan auch als Buchautor bekannt:

„Als Premierminister während der Fukushima-Krise“, ludicium Verlag, broschiert, 165 Seiten, ISBN: 978-3862054268





Alles beim Alten

Der postulierte Neuanfang der Endlagersuche ist gescheitert

Endlagersuche Zwei Jahre hat die „Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“ des Bundestages, auch bekannt als Endlagerkommission, jetzt getagt, und unausweichlich, wie das Wasser in der Asse, ist über endlosen Sitzungen der Termin der Berichtsabgabe hereingebrochen. **Martin Donat** erläutert, warum das Verfahren untauglich war und allerlei gesellschaftliche Gruppen nun massive Kritik formulieren.

Später als am 30. Juni wolle er den Bericht nicht mehr entgegennehmen, ließ Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU), der die Kommission und deren Ansiedlung beim Bundestag einst ohnehin ablehnte, im Vorfeld verlauten. Nun ist es doch der 5. Juli geworden. Unzählige Life-Streams und digital aufbereitete Unterlagen haben unterwegs die vollkommene Illusion von Transparenz erzeugt und selbst die hartgesottenste Fachöffentlichkeit in gähnende Müdigkeit gestürzt. Postmoderne Mitmachforen und von Profis ausgerichtete Öffentlichkeitsveranstaltungen täuschten perfekt darüber hinweg, dass es der Kommission weder gelungen war, den Elfenbeinturm zu verlassen, noch überhaupt die konfliktrelevanten Protagonisten zu erreichen. Die Simulation eines gesellschaftlichen Verständigungsprozesses nannte der Berater Reinhard Ueberhorst den untauglichen Versuch schon zu Beginn. Zur Verständigung fehlten nicht nur die Akteure. Noch nicht einmal die Anregungen der wenigen „Beteiligungsbereiten“ mündeten in Ergebnissen und Beschlüsse.

» Aufarbeitung der Geschichte unterblieb

Lange sah es so aus, als wenn der Abgabetermin unmöglich gehalten werden könnte, für den eigentlich obligatorischen Zwischenbe-

richt hatte es ohnehin nicht gereicht. Einst auf Drängen Niedersachsens eingesetzt, weil die geforderte (und erforderliche) Beendigung des Endlagerabenteuers Gorleben weder mit den Bundesländern, noch mit der Parteienkoalition im Bund zu machen war, wurde die Kommission auf den letzten Metern vom Ausgangsthema wieder eingeholt. Zur sorgfältigen Klärung des Umgangs mit den Altlasten reichte es da freilich nicht mehr. Wie so vieles wurde auch dieses Thema aufgerufen und blieb dann unverdaut im Raume stehen.

» Wirtschaftsinteressen delegitimieren das Verfahren

Jeder Versuch von Kommissionsmitgliedern, das heiße Eisen anzupacken, wurde vom Obmann der CDU mit Textstreichungen und Textvorschlägen beantwortet, denen man die Urheberschaft aus den Reihen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) förmlich anroch. Die beim Wirtschaftsministerium angesiedelte BGR lieferte jahrzehntelang die Gefälligkeitsgutachten und Eignungsaussagen für den Salzstock Gorleben, ihr ehemaliger Mitarbeiter Günther Bäuerle, der seine Dissertation über Gorleben verfasste, dient nun der CDU-Fraktion als Umweltreferent. Mit dem Kommissionsmitglied Stefan Kanitz (CDU) lobt er schon einmal die Brennelementefabrik

in Gronau, welche auch über 2022 hinaus europäische AKWs beliefern soll, für ihren „Einsatz für eine sichere Kernenergie“. Auch andere blicken auf eine kontaminierte Vergangenheit zurück. Der Atommanager Bruno Thomauske war einst beim Bundesamt für Strahlenschutz Projektmanager in Gorleben, wo er die Eignungsaussagen vorantrieb. Nach einem Intermezzo bei Vattenfall, wo er sich gegen Öffentlichkeitsbeteiligung engagierte, kehrte er in das CDU-geführte Umweltministerium (BMU) zurück, um mit der Vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben die Machbarkeitsstudie für ein dortiges Endlager zu liefern. Auch sein Kollege Hubert Steinkämper vom BMU gilt als Atom-Hardliner. Bei der Befragung im Gorleben-Untersuchungsausschuss konnte er sich allerdings kaum mehr an seine Tätigkeit unter Umweltministerin Merkel erinnern. Umso besser informiert gab er sich als von der CDU benanntes Kommissionsmitglied. Auch der Bauingenieur Wolfram Kudla arbeitete verschiedentlich für die wirtschaftlich an Gorleben interessierte DBETec, er selber soll Patente auf Verschlusstechniken für Bergwerke und Atommülllager in Salz innehaben... Mit Bernhard Fischer, derzeit Aufsichtsratsvorsitzender von EON-Kernkraft, und Gerd Jäger, ehemaliger RWE-Atom-Vorstand, vertritt ein undurchsichtiges nukleares Konglomerat aus Deut-

schem Atomforum, Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) und URENCO die Zivilgesellschaft – oder deutlicher: die Wirtschaft. Als Vertreter der AKW-Betreiber haben die beiden Befürworter von Laufzeitverlängerungen und Gegner der Brennelementesteuer kein Problem damit, dass ihre Atomkonzerne mit einer Vielzahl von Klagen die gesetzlichen Grundlagen anfechten, auf Grund derer die Kommission überhaupt eingesetzt wurde. Besonders fatal ist aber der Umstand, dass EON und RWE die Hauptaktionäre der GNS sind, die wiederum 75 Prozent der DBE hält, die ein wirtschaftliches Interesse am Festhalten an Gorleben hat und über deren Verstaatlichung die Kommission eigentlich gerade beraten sollte. Noch nicht einmal mit den Vertretern der Arbeitnehmerschaft endet diese einseitige Besetzung: Mit Erhard Ott, dem stellvertretenden Vorsitzenden des EON-Aufsichtsrates, sind nicht nur der Fachbereich Energiewirtschaft und damit die Beschäftigten der Atomkonzerne überrepräsentiert, sondern mit Edeltraut Glänzer von der IG Bau, Chemie, Erden auch der nachvollziehbare Wunsch der Gorlebener Bergleute nach endloser „Weitererkundung“.

» Zurückweisung des StandAG unwahrscheinlich

Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe standen die letzten abschließenden Sitzungen der Kommission und die hastige Einigung über wesentliche Inhalte und Textpassagen des Abschlussberichtes noch aus. Ein wichtiger Punkt war beispielsweise, ob die geplante Verkürzung des Rechtsweges und die Aushebelung der Klagerechte von Verbänden und Anwohnern durch die so genannte Legalplanung überhaupt konform mit dem Europa-Recht wäre, welches ja im Rahmen fortschreitender Demokratisierung die zunehmende Stärkung der individuellen und kollektiven Rechte vorsieht. Eines aber steht unzweifelhaft schon fest: Die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit, das Standortauswahlgesetz (StandAG) als falsch und

unvollständig zurückzuweisen und dem Deutschen Bundestag ein gänzlich anderes Verfahren unter Mitnahme der interessierten Öffentlichkeit vorzuschlagen, wird wohl kaum zustande kommen. Dagegen zeichnet sich eine Vielzahl von sogenannten „Sondervoten“, also abweichenden Empfehlungen, und womöglich auch die Versagung einiger Zustimmung ab.

» Gesellschaftsgruppen lehnen Bericht ab

Massive „Sondervoten“ zum gesamten Verfahren und zum Umgang mit Atommüll insgesamt wird es aber aus der Zivilgesellschaft geben, die ja eigentlich in der Kommission hätte repräsentiert sein sollen.

Zahlreiche in der „Atommüllkonferenz“ zusammengeschlossene Anti-Atom- und Standortinitiativen aus der ganzen Republik veröffentlichen unter der Überschrift „Außer Spesen nichts gewesen“ eine fundamentale Kritik am Kommissionsbericht und zur aktuellen Produktion und zum Umgang mit Atommüll.

Auch die im Förderverein und im Bundesverband Mediation zusammengeschlossenen professionellen Konfliktberater und -beraterinnen haben bereits in einem offenen Brief die mangelnde Aufarbeitung der Vergangenheit, mangelhafte Ergebnisoffenheit des Verfahrens, das Fehlen einer ergebniswirksamen Öffentlichkeitsbeteiligung und gravierende Fehler bei Konsultationen, sowie fehlende Verständigung mit konfliktrelevanten Kritikern und kommenden Generationen kritisiert.

Mit dem Kreistag Lüchow-Danzenberg, der die Kommission, die Parteien des Bundestages, sowie Bundes- und Landesregierung wiederholt aufforderte, das politisch vorangetriebene Endlagerprojekt Gorleben endlich zu beenden und den Weg für eine demokratische Atommüllpolitik freizumachen, positioniert sich auch das einzige bislang konkret von der Suche nach einem Endlager für hoch radioaktive Abfälle betroffene Regionalparlament deutlich ablehnend gegenüber Kommis-

Die nukleare Entsorgung konnte nicht streitfrei gestellt werden

sionsbericht und dem StandAG. Schließlich legt auch der wendländische „Schulterschluss“, ein Zusammenschluss zahlreicher regionaler Gruppen, Organisationen, Parteien, Gremien und Personen, in einer Kritik dar, warum bei entsprechenden Machtverhältnissen mithilfe des vom StandAG vorgegebenen Auswahlverfahrens auch ein Endlager an einem geologisch hochproblematischen Standort legitimiert und endgültig durchgesetzt werden kann. Der Schulterschluss macht auch deutlich, dass die eingeschränkten Klagerechte und die vorgeschlagene Öffentlichkeitsbeteiligung weitestgehend wirkungslos bleiben und das geplante nationale Begleitgremium das Verfahren nicht wirksam kontrollieren kann, sondern vielmehr mit einer Superbehörde, dem Bundesamt für kerntechnische Entsorgung, politischen Einflussnahmen, Partikularinteressen und Lobbyismus die Tore weit geöffnet sein werden. Diese Standort-Stellungnahme verdeutlicht zudem, dass das vorgeschlagene Verfahren auch dann kein gutes wäre, wenn Gorleben ausscheiden würde.

Vielmehr fordern alle zivilgesellschaftlichen Stellungnahmen, denen sich sicher noch weitere anschließen werden, die konsequente Beendigung und Aufarbeitung der Vergangenheit, sowie eine umfassende gesellschaftliche Debatte über den Atomausstieg und den Umgang mit allen Arten von Atommüll unter aktiver Einbeziehung der interessierten Öffentlichkeit und betroffener Anwohner.

Ex-Umweltminister Peter Altmaier (CDU) wollte die nukleare Entsorgung in Deutschland „streitfrei“ stellen. Noch nicht einmal unter den Parteien oder innerhalb der von ihnen ernannten Endlagerkommission ist das gelungen.

Martin Donat ist Vorsitzender der BI und Abgeordneter im Kreistag Lüchow-Danzenberg





Widerstand mit Wohlfü



Es war nur ein kurzer Moment, eine flüchtige Begebenheit, eine kurze Episode am Rand der Widerstands-Partie im Gorlebener Wald zwischen Erkundungsbergwerk und Zwischenlager. Und doch war das Geschehen symptomatisch für das, was den Freitag vor

Pfingsten ausmachen sollte: Als drei Jugendliche sich anschickten, mit Farbe gefüllte Luftballons über den Stacheldrahtzaun aufs Gelände des geplanten Endlagers zu schleudern, versuchte ein aufgebrachter Herr mittleren Alters die drei davon abzuhalten. „Mensch, hört doch auf, hier Ärger zu machen!“, rief



Oben: Produkte mit Widerstandssymbolen waren der Renner im BI-Infozelt in Mützingen.

Mitte: Kuchen to Go.

Unten: Politische Informationen in Form einer Ausstellung gab es am Wunde.r.punkt in Klein Witzetee.



hlfaktor

Die 27. Kulturelle Landpartie hatte auch viel Informationen über den wunden Punkt im Wendland zu bieten. An vielen Orten hat die Bürgerinitiative **Gorleben** thematisiert. Von Andreas Conradt

der Mann in breitem Hessisch. „Die Polizei hat doch so schon genug zu tun.“ Die umstehenden Wendländer/-innen grinsten. Doch dann geschah, was die ganze Widerstands-Partie kennzeichnete, was so typisch wendländisch ist und irgendwie den Geist der Freien Republik atmet: Widerstands-Recke Willy nahm

den aufgebrachten Herrn sanft in den Arm, verwickelte ihn in ein Gespräch und schob ihn mit leichtem Druck weg vom Ort des Geschehens. „Nach zehn Minuten hatte der verstanden, dass unser Widerstand so lange überlebt hat, weil nie jemand sich von den Aktionen anderer distanziert hat – und auch, dass

nicht immer alles legal, was legitim ist.“ Die Erkenntnis, dass auch solche scheinbar sinnlosen Aktionen die Gemeinschaft im Wendland stärken und zudem junge Leute binden, gab's von Willy mit dazu. Ob die gelben und blauen Farbspritzer am Zaun, an der Mauer und im Rasen am Ende wirklich von den drei



Mitte: Überall waren Pullover, T-Shirts und Taschen mit der Wendlandsonne gefragt.

Unten: Die Dauerausstellung an den Atomanlagen in Gorleben machte vielen Besucher/-innen der Widerstands-Partie die Auseinandersetzungen im Wendland deutlich.

Rechts: Die Bäuerliche Notgemeinschaft bot während der Widerstands-Partie Treckerfahrten um das so genannte Erkundungsbergwerk an. Besonders beliebt aber waren die Fahrten mit dem historischen Bus.



Die Message: Gorleben geht gar nicht

Jugendlichen stammten oder noch Relikte vergangener Farbbattachen waren? Willy zuckt die Schulter. „Egal“, sagt er, „Hauptsache der Typ hat was gerlernt!“ Gutes Stichwort! Denn Lernen wurde ohnehin groß geschrieben während der Kulturellen Landpartie (5. bis 16. Mai): Während im Garten des Gasthauses

Wiese in Gedelitz – in Sichtweite der Atomanlagen – die zwar etwas ältere, aber längst nicht veraltete Ausstellung „Gorleben geht gar nicht!“ hing, zeigte der neue, rein politische Wunde.r.punkt in Klein Witzeetze als Ausstellung die grafisch-textliche Aufarbeitung der „Alles Falsch“-Veranstaltung, die die BI im

Januar abgehalten hatte. Auch die Filme, die allabendlich im Scheunen-Kino liefen, hatten Politisches zum Inhalt – neben der Atomproblematik wurden auch das Leid der vielen Flüchtenden oder der Braunkohleabbau thematisiert. Auffallend war, dass sowohl in Gedelitz als auch in Klein Witzeetze die politi-



sche Auseinandersetzung im Fokus der Besucher/-innen stand – in Mützingen aber nicht. Dort war es mühsam, Gäste des BI-Infozelts in Gespräche um Gorleben und die Endlager-Thematik zu verwickeln. Im Umfeld vieler Kunsthandwerker-Stände lag das Interesse eher beim Erwerb typischer Widerstands-

artikel wie Fahnen, Buttons und T-Shirts. Unangefochtener Höhepunkt aber war die Kulturelle Widerstands-Partie am Freitag vor Pfingsten (13. Mai). Teilhabe am Leben der Wendländer/-innen, politische Information in weiteren Ausstellungen, in Vorträgen und den beliebten Trecker-Rundfahrten ums so genannte

Erkundungsbergwerk und Versorgung mit Widerstandsartikeln im Zelt der BI hielten sich in etwa die Waage. Zwischen 8000 und 10 000 Menschen fanden den Weg in den Gorlebener Wald. Allen dürfte jetzt klar sein, dass Gorleben zwar geologisch nicht geht, politisch aber noch lange nicht am Ende ist.

Ein Anfang ist getan. Viel bleibt zu tun.

Über das Klimaschutzmanagement
im Landkreis Lüchow-Dannenberg



Wendland Der Klimaschutzmanager des Landkreises Lüchow-Dannenberg lobt das frühe und nachhaltige Engagement vieler Wendländer/-innen für den Klimaschutz. Einerseits. Andererseits weist **Hans-Albrecht Wiehler** auf Hindernisse und Verzögerungen bei der Umsetzung der Klimaziele hin. Eine Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und Bürger/-innen könnte gelingen lassen, was im Dezember in Paris beschlossen wurde.



Zweifellos hätten im 21. Jahrhundert sofort Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Übergang zu einer Welt ohne Kohlenstoffemissionen einzuleiten. Erstaunlicherweise aber geschah das Gegenteil. Zur selben Zeit, als die dringende Notwendigkeit einer Energiewende auf dem Tisch lag, stieg weltweit die Produktion von Treibhausgasen.“ So die Einleitung des Buchs „Vom Ende der Welt – Chronik eines angekündigten Untergangs“. Es gibt die Aufzeichnungen eines imaginären Historikers wider, der von der Warte des 23. Jahrhunderts das Ende der westlichen Kultur nachzeichnet.

Diese Erzähltechnik eines „Zukunftshistorikers“ vermittelt durch den Abstand eine Gesamtschau auf unsere Situation und lässt uns unmittelbar und nahe erscheinen, was sonst im Alltag unsichtbar und im Systemischen, im Globalen verborgen zu sein scheint. „Wir sind die letzte Generation, die den ungebremsen Klimawandel noch verhindern kann.“ Dieser Ausspruch der Bundesumweltministerin Barbara Hendricks jüngst bei einer Tagung, schafft ebenfalls eine solche Unmittelbarkeit, die notwendig ist, um wirkliche Schlüsse zu ziehen.

Ich würde sagen, dass viele Akteure in Lüchow-Dannenberg diese Schlüsse gezogen haben und bereits seit vielen Jahren an lokalen Antworten auf das Problem des Klimawandels arbeiten. Nicht zu Unrecht gilt der Landkreis bundesweit als eine der Vorreiterregionen in diesem Bereich. Dies machte sich besonders durch einen frühen und zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien bemerkbar, der sich bereits seit 1997 auf einen Kreistagsbeschluss für 100 Prozent erneuerbare Energie stützen konnte. Beim erneuerbaren Strom sind wir dort nach aktuellen Zahlen schon fast am Ziel angelangt. Allerdings stehen wir

noch am Anfang eines langen Weges. So liegt das genannte Klimaziel bei der erneuerbaren Wärme und Mobilität noch in weiter Ferne. Die Bemühungen um die Senkung der Energienachfrage durch weniger Verbrauch und durch höhere Effizienz in der Energieerzeugung und -verwendung müssen entschlossener sein. Denn auch Lüchow-Dannenberg liegt bei den Pro-Kopf-Emissionen immer noch im bundesdeutschen Durchschnitt.

» Hoffnungsträger für den Klimaschutz?

Die internationale Klimapolitik ist nach den ermutigenden Ergebnissen von Paris zwar nicht gänzlich gescheitert, aber es mehren sich die Hinweise, dass die wirkungsvollsten Antworten und Lösungen auf den kleinsten staatlichen Ebenen – den Kommunen – zu finden sind. Netzwerke wie das Klima-Bündnis (Lüchow-Dannenberg ist hier Mitglied), der International Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI), der Konvent der Bürgermeister und einige weitere bündeln mittlerweile die Forderungen und Aktivitäten zum Klimaschutz mehrerer tausend Kommunen verschiedenster Größe und geben dem Klimaschutz politisches Gewicht.

Durch die überschaubare Größe einer Kommune wird Klimaschutz für Bürger greifbar, Aktivität konkret und Klimaschutz kann unmittelbar gelebt werden. Dabei sind unter kommunalem Klimaschutz nicht nur Kommunalpolitik und -verwaltung zu sehen, zwingend dazu gehören auch die übergeordneten politischen Ebenen und Kirchen, die Zivilgesellschaft und Bildungseinrichtungen, die Unternehmen und Haushalte. In der Aktivierung, Beteiligung und Koordination all dieser verschiedenen Akteure mit ihren spezifischen Wahrnehmungen und Inte-

Viele Akteure im Wendland arbeiten seit Jahren an lokalen Lösungen des Klimaproblems.

ressen liegt die eigentliche Herausforderung des kommunalen Klimaschutzes.

» Beitrag der Kommune zum weltweiten Klimaschutz

Es klingt wie ein Paradoxon: Klimaschutz soll „gemanaget“ werden. Trägt nicht gerade eine zu große Zuversicht der letzten Jahrzehnte ins Management – originäre Handwerkskunst der Wirtschaftswelt – maßgeblich Schuld an der Misere des Klimawandels? Gutes Management zusammen mit politischer Ziel- und Rahmensetzung und einem grundlegenden Werte- und Kulturwandel erscheint mir dennoch als ein wichtiger Baustein zur Beherrschung der Klimakrise. Dabei gilt es, ein solches Klimaschutzmanagement in alle Organisationen zu integrieren, seien es Unternehmen, staatliche Institutionen oder zivilgesellschaftliche Vereine. Integration bedeutet, dass Klimaschutz eng mit den Zielen der Organisationen verwoben werden müssen. Wo bei Unternehmen sicherlich staatliche Anreize und ordnungspolitische Vorgaben gemacht werden müssen, sind Institutionen der öffentlichen Verwaltung mit ihrem vorgegebenen „Betriebsziel Gemeinwohl“ aufgefordert, ihre Rolle und Verantwortung hinsichtlich des Klimawandels noch besser zu begreifen und auch anzunehmen.

Wo dieser Wille zu Verantwortung und eigenem Beitrag vorhanden ist – und dies ist im Landkreis Lüchow-Dannenberg durch etliche Kreistagsbeschlüsse in der Vergangenheit dokumentiert und immer wieder bekräftigt worden – kann kommunales Klimaschutzmanagement ansetzen. Die darauf folgenden Schritte unterscheiden sich nicht wesentlich von denen in anderen Bereichen des Managements: Vision und Leitbild entwickeln, Ausgangssituation analysieren, Ziele setzen und Strategie entwickeln, Maßnahmen entwickeln, finanzieren und planen, Maßnahmen umsetzen und schließlich Zielerreichung überprüfen. Die ersten Schritte dieses Zyklus will ich im Fol-

genden kurz beleuchten. Viel ist seit Ende der Neunzigerjahre im Landkreis geleistet worden, zum Beispiel beim Ausbau der erneuerbaren Energie durch die Projekte ALTENER, LEADER+Region, Region Aktiv, Bioenergie-Region oder die Gründung der Akademie für Erneuerbare Energien. Oder zum Beispiel für die Energieeffizienz durch die Gründung der Energiemanagement-Agentur emma und den Energieeffizienz-Club. Oder im kommunalen Klimaschutz durch die Erstellung des Klimaschutzkonzepts, Klimaschutzteilkonzepte und die Schaffung einer Stelle für einen Klimaschutzmanager.

Dennoch steht mittlerweile vieles davon nebeneinander, ist ausgelaufen oder läuft aus, geht es bei den erneuerbaren Energien nicht mehr weiter, während bei Suffizienz und Effizienz in vielen

Hans-Albrecht Wiehler ist offiziell benannter Klimamanager des Landkreises Lüchow-Dannenberg



Bereichen Ansätze gescheitert oder noch gar nicht richtig in Angriff genommen worden sind. Deshalb ist die Maschine neu anzuschmeißen und ein weiterer Durchlauf des Zyklus zu starten!

» Vision und Leitbild

Als willkommenen Anlass hat der Landkreis Lüchow-Dannenberg die Ausschreibung für das Vorhaben „Masterplan 100% Klimaschutz“ des Bundesumweltministeriums genommen, um dessen Förderung er sich erfolgreich bewerben konnte. Das für vier Jahre geförderte Masterplanprojekt wird uns die Entwicklung einer umfassenden Strategie, den weiteren Ausbau von Organisationsstrukturen, einen breiten Beteiligungsprozess und Projektentwicklung ermöglichen.

Die ambitionierte Vorgabe des Vorhabens wurde bereits im Herbst 2015 im Kreistag beschlossen: Reduktion der Treibhausgas-

Emissionen um 95 Prozent (bezogen auf 1990) sowie Reduktion des Endenergieverbrauchs um 50 Prozent. Wir haben daraufhin ein Leitbild entworfen, das wir zur Diskussion stellen wollen:

1. Wir begreifen Klimaschutz als ein Leitmotiv bei der Planung unserer zukünftigen Daseinsvorsorge (Ernährung, Wohnen, Mobilität, Energie) und unseres Zusammenlebens.

2. Eine robuste Regionalwirtschaft in den Bereichen Ernährung, Wohnen, Mobilität, Energie spielt eine zentrale Rolle.

3. Wir setzen sowohl auf Suffizienz-, Effizienz- wie auch Konsistenzstrategien und wählen Maßnahmen pragmatisch und chancenorientiert aus.

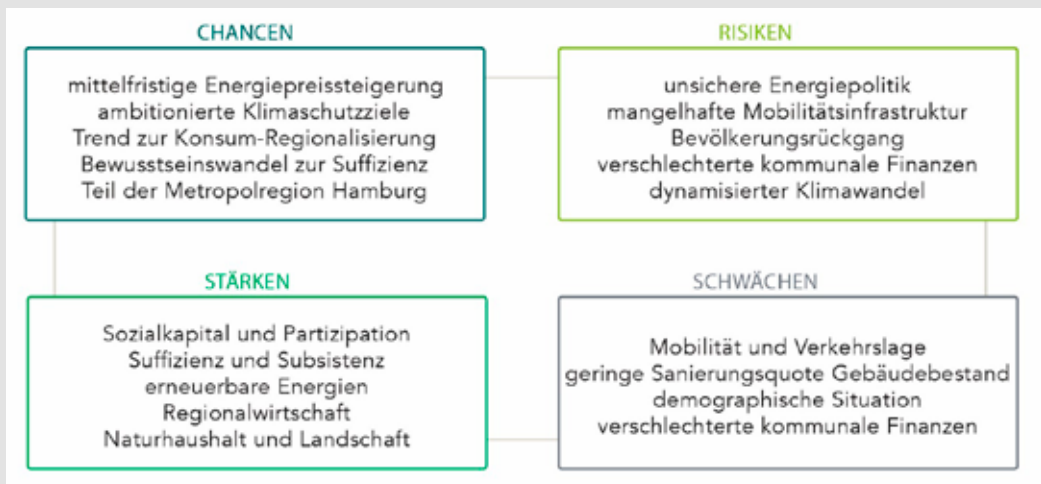
4. Wir sind eine Mitmach-Region und möchten die zupackende, engagierte Bottom-Up-Mentalität nutzen, um alle Akteure sinnvoll einzubinden.

5. Bildung ist die Grundlage für einen nachhaltigen Veränderungsprozess, so dass Bildungseinrichtungen intensiv einzubinden sind.

6. Wir sehen uns als Teil einer Problemlösungsgemeinschaft, wollen Modellregion für den ländlichen Raum sein und laden andere Kommunen in ein offenes Lernfeld ein.

» Analyse der Ausgangssituation

Der kommunale Ansatz „Wenn an vielen kleinen Orten viele kleine Menschen viele kleine Schritte tun“ stellt uns vor die Herausforderung, unseren Klimaschutz passgenau auf die eigene Situation anzupassen, da die Ausgangsvoraussetzungen sehr unterschiedlich ausfallen. Allein in der Metropolregion Hamburg sind diese zum Beispiel in Hamburg-Eppendorf, Lüneburg oder unserem Landkreis grundlegend anders. Wir haben uns deshalb mit den Rahmenbedingungen unseres Raumes auseinander gesetzt. Dabei ist das folgende Klimaschutzprofil entstanden:



Vom Landkreis Lüchow-Dannenberg entwickeltes Klimaschutzprofil

» Ziele setzen, Strategie entwickeln. Worauf konzentrieren?

Letztlich wird es erst im Masterplan zu endgültigen Festlegungen kommen. Im Vorgriff haben wir aufbauend auf unser Profil sechs Handlungsfelder definiert, von denen wir die größte Wirkung erwarten:

1. Wir integrieren Suffizienz als Querschnittsthema in jede unserer Klimaschutzaktivitäten.
2. Wir fördern eine emissionsarme Regionalwirtschaft, indem wir regionale Unternehmen und Gründungswillige aus den Bereichen Energieerzeugung, Ernährung und Gebäudesanierung fördern.
3. Wir initiieren die Energiewende 3.0 durch die Reduktion von Strom- und Wärmebedarf, die Optimierung der erneuerbaren Stromerzeugung, das Erschließen neuer Potenziale für die erneuerbare Wärme und die Akzeptanzsteigerung von erneuerbarer Energie und Effizienzmaßnahmen in der Bevölkerung.
4. Wir denken Mobilität neu durch die Verlagerung von motorisiertem Individualverkehr und intelligente Gemeinschaftsnutzung.
5. Wir setzen auf umfassende, emissionsarme Siedlungsentwicklung auf Quartiers- und

Dorfebene und aktivieren dafür das lokale Handwerk.

6. Wir beziehen die Speicherfähigkeit unserer Böden und Biomasse planvoll in unsere Klimaschutzaktivitäten ein.

» Was noch fehlt

Das Ziel des kommunalen Klimaschutzmanagement muss es sein, so viele Akteure wie möglich zu erreichen, zu motivieren, zu eigenem Handeln zu befähigen und ihre Aktivitäten wertschätzend in das gemeinsame Vorhaben kommunalen Klimaschutzes hineinzuheben. Denn die Aufgabe ist zu groß und zu vielfältig, als dass die Bewältigung nur bei Politik, Verwaltung oder einigen bewegten Gruppen liegen kann. Sofern eine breite Einbindung nicht gelingt, werden wir keine Chance haben, das Ziel einer Treibhausgasminde- rung um 95 Prozent bis 2050 zu erreichen.

An dieser Stelle möchte ich auch besonders die Aktiven und Mitglieder der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) auffordern, sich in den Prozess aktiv einzuschalten. Vielleicht wäre eine Beteiligung ja auch ein geeignetes „Fitnessprogramm“ zur weiteren Stärkung von Muskeln, Herz und Lunge des Widerstands. Es ist vorgesehen, in der zweiten Hälfte des Jahres feste Strukturen wie Arbeitskreise und Projektwerkstätten einzurichten

„Eine Beteiligung könnte ein Fitnessprogramm zur Stärkung von Muskeln, Herz und Lunge des Widerstands sein.“

und freie Beteiligungsformate zu entwickeln, in denen sich auch besonders Zivilgesellschaft und Bürger einbringen können.

» Atom und Fracking

Gerne möchte ich zum Schluss noch etwas zu den zwei Kernthemen der BI aus der Perspektive des Klimaschutzes sagen. Vor kurzem war in der Presse zu lesen, dass die EU-Kommission den Bau von Atommeilern wieder vorantreiben will. Als Gründe dafür wurden unter anderem die EU-Klimaziele genannt. Damit setzt die Kommission nach meiner Meinung einen eindeutig falschen Entwicklungspfad weiter fort. Die Antwort liegt hauptsächlich in der Senkung der Energienachfrage und der Effizienzsteigerung. Hierfür wird auch die geballte politische, finanzielle und personelle Kraft benötigt und lässt ressourcenmäßig keine andere energiepolitische Strategie zu. Atomstrom passt darüber hinaus konzeptionell nicht mehr in ein Energiesystem, das auf die erneuerbare Stromerzeugung setzt – weder energiewirtschaftlich, noch infrastrukturell. Atomstrom verhindert im Gegenteil strukturell diesen Ausbau. Von den versteckten Emissionen der Ver- und Entsorgungskette „Atomstrom“ sei hier gar nicht erst gesprochen. Beim Fracking – andererseits – entstehen Methanemissionen, deren Beitrag zum Treibhauseffekt jene des Kohlenstoffdioxid um den Faktor 80 übersteigen. Allerdings muss auch gesagt werden, dass für Atmosphäre und Treibhauseffekt unerheblich ist, wo Kohlenwasserstoffe gefördert werden – ob in Sibirien oder in Lüchow-Dannenberg. Insofern ist ein drohendes Fracking in gewisser Weise eine Heimsuchung eines Energiesystems, das wir vor allem im Bereich Wärme- erzeugung durch unsere Nachfrage nach Öl und Gas auch hier immer noch stark mittragen. Und so müssen wir an den Anfang des Textes zurückkehren: „Zur selben Zeit, als die dringende Notwendigkeit einer Energiewende auf dem Tisch lag, stieg weltweit die Produktion von Treibhausgasen.“



Mitglieder der Internationalen Atomenergie Agentur im finnischen Endlager in Olkiluoto

Zu geringes Vorkommen, zu zerklüftet

Atommülllager im Wirtsgestein Kristallin

Granit Bekanntlich sind Salzstöcke seit Jahrzehnten die Favoriten für die Konzepte zur langfristigen Lagerung von hoch radioaktiven Abfällen in Deutschland. Doch mit dem „Neustart“ der Endlagersuche hat sich die Politik verpflichtet, auch andere potenzielle Wirtsgesteine zu betrachten und damit alternative Regionen zum Standort Gorleben zu untersuchen. Im letzten Teil unserer Serie über Wirtsgesteine als Lagerungsmöglichkeiten für hochradioaktiven Atommüll widmet sich **Jan Becker** dem Kristallin.

Als „kristallin“ bezeichnet man Substanzen, die aus kristallisiertem Material bestehen. In der Geologie werden darunter kryptokristalline, „dichte“ Mineralien und Gesteine verstanden. Dazu gehört Granit, das aufgrund des Vorkommens in Deutschland als potenzielle Endlagerformationen zumindest denkbar wäre. Mögliche Standorte befinden sich im Raum Dresden und im Schwarzwald im Norden Bayerns. Kristallingesteine zeichnen sich besonders durch ihre hohe Festigkeit und Hohlraumstabilität sowie durch ihre geringe Temperaturempfindlichkeit aus. Die aktuell diskutierte Rückholbarkeit des Atommülls wäre gegenüber Salz über lange Zeiträume kein Problem. Bei unzerklüfteten Formationen ist außerdem die Durchlässigkeit von Flüssigkeiten sehr gering. Der Nachteil: Wo ein Riss ist, bleibt ewig ein Riss.

» Zu geringes Volumen und zu zerklüftet

Bereits 1994/95 hatte die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) im Auftrag des Bundesumweltministeriums und des Bundesministeriums für

Bildung und Forschung (BMBF) je einen Bericht zu eignungshoffigen Salz- und Granitvorkommen in Deutschland erstellt. Konkret zu einer möglichen Eignung äußerte sich die BGR im Jahr 2007 in der „Untersuchung und Bewertung von Regionen mit potenziell geeigneten Wirtsgesteinsformationen“: Aus den „bisherigen Bergbauerfahrungen und geologischen Befunden“ gehe demnach hervor, dass in Deutschland „homogene und ungeklüftete Bereiche im Kristallin in einer für die Errichtung eines Endlagerbergwerkes notwendigen räumlichen Ausdehnung nicht zu erwarten sind“. Kristallingesteine müssten „wegen ihrer hohen Durchlässigkeit in klüftigen Bereichen ausgeschlossen werden“. Stefan Alt vom Öko-Institut nennt den deutschen Granit gegenüber Salz und Ton daher die „dritte Wahl“.

» Wassereinbruch als „natürliches Szenario“

Setzte man doch auf Granit, müssten in (stärker) zerklüfteten Gesteinsschichten die Abfälle in zusätzlichen Behältern verschlossen und mit technischen Barrieren geschützt werden, damit

das Material nicht mit Wasser in Kontakt kommen und die Flüssigkeit die Radionuklide nach außen tragen könne. Diskutiert wurde für eine Korrosionsbeständigkeit der Behälter eine Ummantelung mit quellfähigem Bentonit, einer Mischung aus verschiedenen Tonmineralien. 1994 plante die Schweiz die Endlagerung mithilfe solcher Behälter aus Kupfer, die eine Wandstärke von 15 Zentimeter besitzen und mit einer Bentonitschicht von 1,4 Metern umhüllt werden sollten. Die Mitte der Achtzigerjahre in der Schweiz veröffentlichte Studie „Projekt Gewähr“ beschrieb als Unterschied zu einem Atommülllager im Salz einen Wasserzutrittsprozess im Granitgestein als ein „natürliches Szenario“. Demnach würde das Grundwasser schon nach kurzer Zeit nach Verschluss des Lagers in die Kavernen sickern, den Bentonit durchdringen und die Behälterkorrosion in Gang setzen. Im Salz wird dieser Umstand zu Recht als „Störfall“ bezeichnet.

» Schweiz verabschiedete sich von Granit

In den Siebzigerjahren begann die Schweiz mit der Suche nach

einem Atommülllager in Granit. Doch fand sich dort trotz intensiver, teurer Suche keine geeignete Formation im Untergrund. Seit 2008 setzt man nun auf Ton (Sedimentgestein Opalinuston). Aktuell laufen Untersuchungen für Atommülllager in Kristallingestein – auch mit deutscher Unterstützung – in China und Russland. In China wurden 1985 geologischen Erkundung in der Wüste Gobi begonnen. Russland verfolgt seit Beginn der 1990er-Jahre am Standort Jenisejskij bei Krasnojarsk ein Projekt in Granit. Eine „weitergehende wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und fachliche Begleitung der russischen Arbeiten auf dem Gebiet der Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle“ findet seit April 2016 bis voraussichtlich März 2019 im Rahmen des Forschungsprojekts „Sicherheitsanalytische Untersuchungen zu Endlagersystemen im Kristallin (SUSE)“ statt. Das Projekt wird durch Mittel des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) gefördert. Das deutsche Bundesamt erhofft sich eine „Verbesserung der in Deutschland vorhandenen Instrumentarien zur Langzeitsicherheitsprognose von Endlagern für hoch radioaktive Abfälle“ sowie „die Erweiterung des deutschen Know-hows bezüglich der Endlagerung in nicht salinaren (hier: in kristallinen) Wirtsgesteinen“.

» Finnland verspricht 100 000 Jahre „Sicherheit“

Viel konkreter ist die Situation bereits in Skandinavien. Aufgrund der vorhandenen geologischen Gegebenheiten stehen Finnland und Schweden nur kristalline Gesteine als mögliches Wirtsgestein zur Verfügung. Für schwach und mittel radioaktive Abfälle betreibt Schweden bereits seit 1988 nahe dem Atomkraftwerk Forsmark ein „oberflächennahes Endlager“ etwa 50 Meter unter der Ostsee im Granit. Vor allem die mögliche Rückholbarkeit der Abfälle ist gewichtiges Argument. Die beiden nordischen Länder entwickeln wegen der vergleichbaren Bedingungen Behälterkonzepte in enger Kooperation.

Jan Becker ist studierter Umweltwissenschaftler. Er lebt mit Frau und zwei Kindern in einer Hofgemeinschaft im Wendland.



Am 12. November 2015 hat die finnische Regierung die „weltweit erste Erlaubnis für ein Atommüll-Endlager“ erteilt. Die finnische Entsorgungsgesellschaft „Posiva Oy“, an dem die privaten AKW-Betreiberfirmen TVO 60 und Fortum 40 Prozent der Anteile halten, durfte damit den Ausbau eines unterirdischen Lagers im Kristallingestein Tonalit, ähnlich Granit, in direkter Nachbarschaft zum AKW Olkiluoto im Süden des Landes beginnen. Laut derzeitiger Planung sollen dort ab 2023 bis zu 6500 Tonnen hoch radioaktive Abfälle aus den finnischen Atomkraftwerken in Tunneln in bis zu 450 Metern Tiefe eingelagert werden.

Die Finnen setzen dabei auf das schwedische Konzept der Kupferbehälter, die mit Betonit versiegelt werden. Bei ihren Sicherheitsberechnungen gehen die Wissenschaftler davon aus, dass sich die Kupferbehälter durch Korrosion nicht schneller als um 0,5 Nanometer pro Jahr zersetzen. Damit wäre ein Einschluss für rund 100 000 Jahre gewährt.

In mehreren Versuchsreihen belegten Forscher der Technischen Hochschule (KTH) in Stockholm, dass Kupfer selbst in sauerstofffreier Umgebung rosten kann. Unter anderem waren Kupfermünzen aus einem vor über 300 Jahren gesunkenen und in einem Sediment aus sauerstofffreiem Lehm eingeschlossenen Schiff analysiert worden. Selbst wenn davon ausgegangen würde, dass die Atommüllstollen „sicher“ vor Wassereintrüben wären, sprach Peter Szakalos, KTH-Projektleiter für Metallkorrosion, im Jahre 2009 von einer Haltbarkeit der Kapseln für „nicht

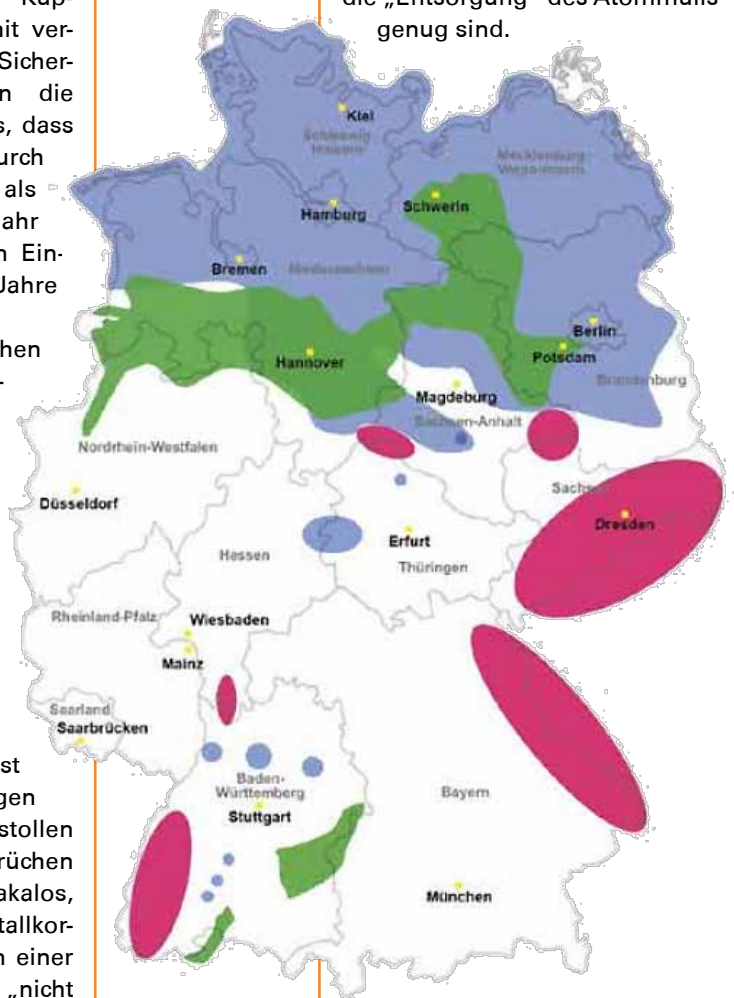
einmal 1000 Jahre“. Die Betreiber der Atommülllager würden Konsequenzen aus ihren „falschen naturwissenschaftlichen Annahmen“ aber ignorieren.

Auch Geologen kritisieren die finnischen Pläne scharf. Matti Saarnisto, Professor für Geologie, ehemaliger Forschungsdirektor des finnischen Amtes für Geologie und ehemaliger Generalsekretär der Finnischen Akademie der Wissenschaften, erklärte etwa, es sei „verrückt“ zu glauben, man könne Atommüll 100 000 Jahre sicher lagern. Die Landschaft zeige die Spuren starker Erdbeben, die etwa alle 2500 Jahre aufgetreten seien. Auch die nahe Ostsee sei ein Risiko, wenn der Meeresspiegel durch den Klimawandel ansteige.

Über die angekündigten Kosten kann man sich nur wundern: Während der gesamten Nutzungsperiode sollen 3,5 Milliarden Euro ausreichen. Im Vergleich: Aktuell wird in Deutschland diskutiert, ob die 37 Milliarden Euro Rückstellungen der Atomkonzerne für den Rückbau der Altmeiler und die „Entsorgung“ des Atommöls genug sind.

Denkbare Standorte für ein Atommülllager:

Grün: Tonstein
Rot: Kristallin
Blau: Salz





Legitim ist wichtiger als legal

Vor seinem Umzug ins Wendland arbeitete Falko Berkemeier als KiTa-Leitung in unmittelbarer Nähe des AKWs Krümmel. Es war seine Aufgabe, freie Plätze an die Kinder auf der Warteliste zu vergeben. Eines Tages wählte er die Nummer einer Familie, die einen Platz bekommen hatte, um der Mutter freudig von ihrem Glück zu berichten. Sie antwortete ihm, dass ihr Kind inzwischen gestorben sei, an Leukämie. So wurde Falko zum Betroffenen, so kam er zur Anti-AKW-Bewegung.

Sein Wohnort legte nahe, im April 2010 an der Menschenkette zwischen den AKWs Krümmel und Brunsbüttel und später an großen Demonstrationen gegen die Verlängerung der Laufzeiten in Berlin teilzunehmen. Spätestens da war Falko vom Anti-Atom-Fieber gepackt – und zweifelte doch, dass Bilder reiner „Latschdemos“ in Berlin sonderlich beeindruckend würden. Nein, er wollte mehr, zwängte sich in „Strahlenschutzanzüge“, ging im Graben rund ums AKW Brokdorf baden.

Aktion – das war ihm damals noch nicht recht klar – ist Falkos Ding! Mit diesem diffusen Gefühl im Bauch kam er im Frühjahr 2011 zur Kulturellen Landpartie (KLP)

Falko Berkemeier wohnt noch nicht lange im Wendland. Doch der Widerstand wäre ohne ihn arm dran. Anja Meyer erklärt, warum.



ins Wendland – und gleich in Kontakt mit Menschen, die gerade die Salzhalde in Gorleben besetzt hatten. Polizei, Personalienfeststellung, das Übliche. Falkos erste Berührung mit zivilem Ungehorsam. Beim Castortransport ein halbes Jahr später wurde er schon vom „Neuling“ zum „Kümmerer“ und half beim Aufbau des Demo-Camps von „x-tausendmal quer“.

Eine weitere KLP, eine weitere Blockade, eine weitere Räumung durch die Polizei brauchte es noch, bis Falko sein neues Motto fand: „Wo ein X steht, da lass Dich ruhig nieder!“ Er gab den Job in der KiTa auf, zog nach Lomitz ins Wendland, wollte dort leben, wo die Menschen offen und interessiert sind und wo er sich ein Netzwerk für den gewaltfreien Widerstand flechten konnte. In den aktiven Protest wollte er eintauchen, doch auch ganz andere Kreise konnten auf ihn zählen: Sofort nach seinem Umzug trat Falko der Freiwilligen Feuerwehr bei, Anfang 2014 wurde er sogar in den Vorstand der Bürgerinitiative (BI) gewählt.

Dass Falko diesen Posten nur zwei Jahre später wieder aufgab, ist typisch für ihn: Mitglied im BI-Vorstand zu sein heißt auch, sich strikt den Regeln der Gemeinnützigkeit zu unterwerfen und Aktionen zivilen Ungehorsams im Tätigkeitsfeld der BI zu unterlassen. Aber das – siehe oben – war seine Sache nicht. Heute ist Falko längst nicht mehr wegzudenken aus dem Kreis der stets Aktiven. Mit seiner besonnenen, aber entschiedenen Art krempelt er die Ärmel hoch, wann immer es ein Camp oder eine Aktion zu organisieren gilt, auch wenn das wochenlange Arbeit erfordert.

Und ihn treiben immer neue Ideen des zivilen Ungehorsams an: Derzeit bewirbt Greenpeace die so genannten Balkonkraftwerke, mit denen sich Strom produzieren und ins Netz einspeisen lässt. Rechtlich ist das mindestens am Rand der Grauzone, aber ideell und ökologisch geht es kaum besser. Für Falko gilt: Wenn's legal ist – schön! Wenn's illegal aber legitim ist, ist's auch okay.

Das Zwischenlager (Transportbehälterlager Gorleben, TBL) wird von der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) betrieben, die zu 98 Prozent den vier großen Energiekonzernen gehört. Es befindet sich nordwestlich der Straße von Gorleben nach Gedelitz und beherbergt:

➤ Das **Fasslager** zur Lagerung von schwach und mittel aktivem Müll. Die Nutzung begann 1984. „Blähfässer“ aufgrund von Gasentwicklung in den Gebinden und der „Transnuklearskandal“ machten das Fasslager bundesweit bekannt. Trotz Stopps der Castortransporte werden heute noch mehrmals im Jahr frische Gebinde angeliefert.

➤ Die oberirdische **Castorhalle** hat Platz für 420 Behälter. Bislang lagern dort schon 113 Castoren mit hoch radioaktivem Müll. Die Behälter stehen aufrecht und werden elektronisch überwacht. Kühlung erfolgt durch Umgebungsluft, die nach außen abgeführt wird. Gegen Angriffe ist die Halle nicht ausreichend gesichert. Zurzeit sind die Castortransporte ausgesetzt.

➤ In der **Pilotkonditionierungsanlage** (PKA) soll getestet werden, wie hoch radioaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann, denn die Castoren sind zu schwer und groß, um sie unter Tage zu bringen. Auch schadhafte Behälter könnten in der PKA repariert werden. Bislang ist die PKA noch nie benutzt worden und darum nicht kontaminiert. Die Technik der PKA gilt inzwischen als veraltet.

Südöstlich der Straße betreibt die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE) das so genannte Erkundungsbergwerk.

➤ Das **Bergwerk** wurde größer aufgefahen, als für die Erkundung nötig. Kritiker befürchten, dass das Endlager fast fertig gebaut ist. Derzeit ruht die Erkundung wegen des angeblichen „Neuanfangs“ bei der Endlagersuche. Ein Rückbau der martialischen Sicherung ist angekündigt. Es befindet sich kein Atom Müll im Bergwerk!



„Was soll das?“, fragen die einen empört und machen damit ihrem Ärger Luft über „beschierte“ Straßenschilder, deren ursprünglicher Zweck nun nicht mehr gegeben ist. Sie schreien „Sachbeschädigung“ und rufen mit schiefem Mund nach Bestrafung der „Täter“. „Was soll das?“ fragen aber auch die anderen, womöglich mit schief gelegtem Kopf, und sinnieren über Zweck und Hintergrund der Aktion. Ist es Kunst, Protest oder Apell vielleicht? Über Urheber und Motiv geben die Bemalungen gleich einer ganzen Reihe von Straßenschildern im Wendland keine Auskunft. Ganz wie von Zauberhand waren die mysteriösen

Beschriftungen eines Morgens einfach da. Und weil dies alles während der Kulturellen Landpartie geschah, zu einer Zeit also, da das Wendland von Tausenden Besuchern bevölkert wird, verfehlten sie ihren Zweck nicht: Diskussionen über das, was die Schilder neuerdings so aussagen.

e-Ventschau 2016

Aufruf

4. Benefiz Open Air in Ventschau (Landkreis Lüneburg)

für die Kinder von Tschernobyl & Fukushima



Fr. 29. Juli ab 17:00 Uhr
Sa. 30. Juli ab 14:00 Uhr

Eintritt frei!
Spende erwünscht!



Live-Musik
Berlin BOOM Orchestra
LowmaX & Quest ONE
Lukas Dolphin, Bartellos
Raufazer, Miss Allie,
Kalletti Klub, Haseeb
... und mehr!



Berlin BOOM Orchestra

Leckereien, Spiele, Party



Vorträge, Ausstellungen & Filme
J. Stay, B. Redecker, K. Hinrichsen
Film: Die 4. Revolution

Aktionen & Kinderprogramm
Jan Balyon (Performance)
Mapilis Traum (Puppentheater)

Mehr Infos unter www.e-ventschau.de



Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name..... Vorname.....
Straße..... Hausnummer.....
PLZ, Ort..... E-Mail.....
Datum..... Unterschrift.....

☐ Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familien: € 60; reduziert: € 15).

☐ Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Informationsmaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

☐ Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

☐ einmalig EUR

☐ regelmäßig einmal im Jahr EUR

Kontoinhaber..... Name der Bank.....

BIC..... IBAN.....

☐ Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg
IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

